



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 4
12. Jahrgang

1. Maerz 1944

Die Stimme der Illegalen

(ITF) Illegale Arbeiterzeitschriften eroertern die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Arbeiterschaft mit anderen sozialen Schichten. "Wolność" (Freiheit), das aelteste Organ der illegalen polnischen Arbeiterbewegung, setzt auseinander, weshalb Arbeiter und Bauern nur gemeinsam ein neues Polen aufbauen koennen. "Het Parool", das repraesentative Organ der illegalen hollaendischen Sozialdemokraten, fordert die Wirtschaftsintelligenz zur Mitarbeit beim Bau einer neuen Zeit auf. Bei der Entwicklung der Gedanken ueber die Zukunft zeigt sich in beiden Organen eine oft ueberraschende Aehnlichkeit der Hoffnungen und Plaene.

Arbeiter und Bauern muessen zusammen stehen (ITF) Die illegale polnische Arbeiterzeitung "Freiheit" schreibt: "Eng verwandte, sehr aehnliche Kampfziele verbinden die organisierte polnische Bauernbewegung und die polnische Arbeiterbewegung. Beide fordern politische Demokratie, Nationalisierung der Schluesselindustrien, Planwirtschaft, aktive Unterstuetzung der kuenftigen internationalen Friedensorganisation und, schliesslich, nationalen Wiederaufbau, eine auf die wichtigsten schoepferischen Kraefte der Massen des polnischen Volkes gestuetzte Regierung und ein politisches und soziales System, in dem die arbeitenden Maenner und Frauen die rechtmassigen Herren ihres Landes werden. Diese Zielgemeinschaft fuehrt logisch zu organisatorischen Bindungen, denn es ist noetig, von der Ziel- und Programmformulierung zur konkreten Vorbereitung kuenftiger Taten zu kommen"

"In Polen ist... das ganze politische und wirtschaftliche Gefuege, das vor dem Jahre 1939 bestand, von den Eindringlingen fortgefegt worden. Wir muessen unser politisches und wirtschaftliches System von Grund auf und unter ungeheuren Schwierigkeiten wieder aufbauen... Von der Energie und Begeisterung des Volkes haengt es ab, ob wir durch die Uebergangsperiode mit ihren unvermeidlich grossen materiellen Entbehrungen und Beschränkungen erfolgreich hindurchkommen. Die Massen koennen aber nur begeistert werden und die Begeisterung wird nur dann nicht wie ein Strohfeuer verglimmen, wenn politische und soziale Verhaeltnisse die Arbeit zum Herrn des Landes machen und jeder Buerger mit Recht fuehlt, dass er fuer sich und die Gesellschaft und nicht fuer privilegierte Gruppen arbeitet..."

Entweder bauen wir unsere Industrien nach sozialistischen Grundsuetzen wieder auf, und unsere Landwirtschaft so, dass die Arbeitsplaetze denen gehoeren, die sie bearbeiten und ueberwinden so, gemeinsam, in schwerer gemeinschaftlicher Arbeit alle Schwierigkeiten, oder der Schweiss der Arbeiter und Bauern wird wieder nur den Profit der Industriellen und Spekulanten erhoeuen und wir haben bald alle die Probleme und Verhaeltnisse wieder, mit denen wir uns vor 1939 herumzuschlagen hatten. Es gibt keine dritte Moeglichkeit...

Wir werden den polnischen Volksstaat nur im harten Kampf aufbauen. Jede Schwierigkeit wird uebertrieben werden; jeder zeitweilige Fehlschlag wird von der Reaktion mit Begeisterung und Freude begruesst werden. Die Kraefte der Reaktion werden versuchen, Zweifel und Misstrauen und politische Spaltung in unseren Reihen zu saeen - ihre alte Waffe im Kampf gegen uns. Die Sanacja-Gruppen (die die Pilsudski-Diktatur und die hitlerfreundliche Politik Becks stuetzten - Red.) sind nicht vollstaendig zerschlagen. Sie traeeuen noch immer ihre alte Diktaturtraeume. Die so gruendlich diskreditierten Chauvinisten und die O.N.R. ("Nationalrevolutionaeres Lager"), unsere polnischen Faschisten, bauen noch immer ihre faschistischen und unverantwortlich imperialistischen Luftschloesser, die uns aussenpolitisch nur kompromittieren koennen.

Wir sind uns der Schwierigkeiten bewusst... Wir versprechen nicht sofortige Wohlfahrt und Glueck, aber wir glauben bestimmt, dass der Aufbau eines polnischen Volksstaates der einzige Weg zu einem neuen Leben ist, und dass wir das Ziel in Zusammenarbeit erreichen koennen... Gerade in der Uebergangszeit, wenn die Grundlagen der Zukunft gelegt werden, ist die organisatorische Einheit zwischen Bauern- und Arbeiterbewegung von groesster Bedeutung". ("Wolność", Juli 1943.)

Betriebsleiter in der Planwirtschaft (ITF) "Het Parool", das illegale Organ hollaendischer Sozialdemokraten, schreibt: "Es ist nicht unverstaendlich, dass die Betriebsleiter... weniger als die meisten andern Gruppen an einer neuen demokratischen Ordnung interessiert sind, die der dunklen Alleinherrschaft des Profitsystems ein Ende macht. In ihren Reihen entsteht schon jetzt eine Widerstadsbewegung, die die Menschen von einer Wirtschaftsord-

nung abzubringen sucht, die, wie sie sagen, mit dem Verschwinden des Antriebs des Eigeninteresses die Gesellschaft verarmen und in einen Beamtenstaat, von dem nichts als Unheil zu erwarten ist, verwandelt wuerde. Bald, wenn wir befreit sein werden, werden diese Betriebsleiter, unter ihnen viele der groessten, sich mit Haenden und Fuessen gegen einschneidende gesellschaftliche Reformen wehren. Wohl wird sie ihr Wirklichkeitssinn erkennen lassen, dass zunaechst von der Rueckkehr zu einer 'Wirtschaftsfreiheit' keine Rede sein kann, aber sie werden diese Rueckkehr zu ihr weiter verlangen und befuerworten, weil nach ihrer Meinung 'Wirtschaftsfreiheit' allein eine gesunde Wirtschaftsordnung verbuergt... Wo es sich bei diesen Gruppen um ein unumstoessliches Prinzip handelt, ueber das keine Diskussion moeglich ist, muss man darauf verweisen, dass es in der Demokratie so etwas wie ein Mehrheitsprinzip d.h. einen Machtfaktor gibt... Aber wo diese konservative Einstellung auf Missverstehen beruht, hat es Sinn, mit einer Diskussion zu beginnen, in der Hoffnung, hier und da aus einem Gegner einen Mitkaempfer werden zu sehen.

Die neue Sozialordnung, die kommen muss, wenn wir aus dem Kreislauf Konjunktur-Wirtschaftskrise-Krieg herauskommen wollen, kann keinesfalls ohne die persoenliche Initiative, ohne schoepferische Fuehrung, erst recht nicht ohne eine Gruppe von (Wirtschafts-)Leitern auskommen. Eine boeswillige Propaganda gegen alles, was nach Sozialismus riecht, versucht seit Jahr und Tag, den Anschein zu erwecken, dass eine planwirtschaftliche Gesellschaft bedeutet: die Fabrik den Arbeitern, Nivellierung von allem und jedem, Ertoeten aller Unternehmungslust, Leugnen der Bedeutung des Wertes der Einzelpersoenlichkeit. Wer sich darueber klar ist, dass gerade die Anerkennung dieses Wertes der Angelpunkt der Demokratie ist, empfindet, dass diese Darstellung den Zielen der Planwirtschaftler Unrecht tut. Diese Darstellung stammt denn auch aus einer vergangenen Zeit - aus der zweiten Haelfte des vorigen Jahrhunderts - in der verstaendlicherweise sowohl Sozialismus wie Liberalismus in einer Reihe dogmatischer und schematischer Begriffe dachten, denen inzwischen die Entwicklung die Grundlage entzogen hat. Aber waehrend der Sozialismus eine fruchtbare Entwicklung durchmachte, blieb der Liberalismus im alten Dogma und Schema stecken, er hat seine Voraussetzungen zum grossen Teil verloren. Er hat keine Ideale mehr zu verwirklichen. Aber er lebt weiter, vor allem im Kreis der Grossunternehmer, denen es schon, wenn sie nur von Sozialismus oder Planwirtschaft hoeren, kalt ueber den Ruecken laeuft. Trotzdem ist der Betriebsleiter von heute gesellschaftlich etwas ganz anderes als der Unternehmer vor 50 Jahren.

Planwirtschaftliche Produktion, die nicht nur Rettungsanker fuer den versinkenden Kapitalismus sein will, geht davon aus, dass der Verbrauch wichtiger ist als die Produktion, dass der arbeitende Mensch wichtiger ist als die sich drehenden Raeder und die allgemeine Wohlfahrt wichtiger als unbeschraenkte Gewinnmoeglichkeit fuer eine kleine Gruppe. Diese Gruppe - und das ist eine bemerkenswerte Erscheinung - besteht seit langem nicht mehr, oder wenigstens nicht mehr ueberwiegend, aus Betriebsleitern... "Aktionaere, denen gelegentlich selbst nicht einmal das Produktionsprogramm der Betriebe bekannt ist, sind die Eigentuerer." Durch geschickten Rat von Maklern, Erbschaft oder einen andern Zufall kann ein Fraeulein aus Alt-Pekela Eigentuererin einer amerikanischen Fabrik sein, ohne im geringsten zu wissen, was und wie dort produziert wird. Vielleicht gibt 'ihr' Unternehmen zweideutige Literatur heraus, waehrend sie selbst Mitglied aller erdenklichen Vereine zur Hebung der Moral ist. Vielleicht produziert 'ihre' Fabrik Waffen, waehrend ihr Friede ueber alles geht. Sie weiss es nicht. Ein Stueckchen Papier, bei ihrem Bankier aufbewahrt, gibt ihr jaehrlich Mitbestimmungsrecht und Anrecht auf Gewinn... Faellt der Antrieb des Eigeninteresses nun fort, wenn die Aktien des Unternehmens aus dem Safe der Aktionaere in oeffentliche Hand uebergehen? Wird Betriebsleitung nun ploetzlich ueberfluessig oder weniger reizvoll?

Aber, heisst es weiter, Planwirtschaft ist unmoglich, denn sie setzt eine genaue, sogar weltweite Uebersicht aller Faktoren voraus und ihr fehlt das natuerliche Wirken von Angebot und Nachfrage. Das Argument scheint eindrucksvoll, aber ist es nicht. Niemand glaubt, dass in einer Planwirtschaft keine Fehler, selbst grobe Fehler, bei der Schaetzung des Bedarfs etc. gemacht werden koennen und gemacht werden werden. Aber wer wagt zu behaupten, dass es in der ungeordneten Wirtschaft nicht viel schlimmer war? Die Freiheit, Unternehmungen aufzukaufen und zu gruenden, wurde mit dem Lebensglueck des wehrlosen Arbeiters erkaufte. Ging es schief, dann folgten Massenentlassungen und Bankrott und dann hiess es, dass das Gesetz von Nachfrage und Angebot wieder einmal sein segensreiches Werk getan hat. Die ungeordnete Wirtschaft hat uns von Konjunktur zur Krise und von Krise zu Konjunktur geschleift, das Gesetz von Nachfrage und Angebot war die schwankende Bruecke ueber den breiten Strom von Massenerwerbslosigkeit und Massenelend und im Hintergrund spukte, als letztes Heilmittel in einer festgefahrenen Situation - der Krieg. Wer bestreitet noch, dass Kapitalismus und voellige Wirtschaftsfreiheit, dass Wirtschaftskrise und Krieg im organischen Zusammenhang stehen? Wer, der das zugibt, zoegert noch, in gemeinschaftlicher Anstrengung zu versuchen, der Gesellschaft eine solidere Grundlage zu geben?

Vom heutigen Betriebsleiter... wird verlangt, dass er seine persoenlichen Organisationsgaben in den Dienst der arbeitenden Gemeinschaft stellt, die groesser und wichtiger ist als eine Reihe Aktionaere und fuer die sich das Arbeiten weit mehr lohnt. Wirtschaftsfuehrung bleibt nach wie vor noetig. Sie soll sich nicht mehr auf ein Unternehmen beschaenken, sondern sich in die Fuehrung des ganzen Produktionszweiges, ja, der ganzen Gesellschaft einfuegen. Die Probleme, die dabei auftauchen, sind kompliziert und gerade deshalb anziehend. Wer wirklich die Anlage zum Wirtschaftsfuehrer hat, wird es als ein Vorrecht betrachten, an der Bewaeltigung der neuen Probleme der neuen Zeit beteiligt zu sein". ("Het Parool", 20.XI.43)

Unfreiwilliges Lob

(ITF) Aus dem "Schwarzen Korps", der Wochenschrift der SS: In deutschen Betrieben ist "der deutsche Mensch... die 'Korsettstange' inmitten der Vielzahl der Fremdlaendischen... Ein Betrieb, der mit 100 deutschen Arbeitern vollbesetzt gewesen waere, liess sich - wo die technischen Moeglichkeiten es zuliessen - oft ohne weiteres 200 Auslaender zuweisen, weil er von vornherein annimmt, dass sie nur die Haelfte leisten wuerden... Wenn jemand behauptet, er brauche an Stelle eines Deutschen 3 Russen, so muss man ihm entgegenhalten, dass die Sowjets ihre erstaunliche Ruestungskraft bei gleicher Minderbewertung ihrer Menschen schwerlich haetten entfalten koennen. Man darf annehmen, dass der Russe im sowjetischen Ruestungswerk zumindest der physischen Leistung eines deutschen Arbeiters naehkommt".

Die Arbeitsleistung der Auslaender hange weitgehend von der Art der Antreiberei ab. Viele Auslaender taeten bei schlechter Beaufsichtigung was sie wollten. "In Bombenstaedten sieht man jetzt schwankende Gestalten, die etwa einer Truemmerstelle einen Ziegelstein entnehmen, ihn umstaendlich von Staub und Moertel befreien, dann, mit einem Ziegelstein unterm Arm einen minutenlangen Kletterweg zum Fahrdamm zuruecklegen, und hier den Ziegelstein auf einen Wagen werfen, auf dem er zerbrochen landet". ("Schwarzes Korps", 13.I.44.)

Ein Zwangsarbeiter will auf Urlaub gehen

(ITF) Im "Nieuwe Rotterdamsche Courant" (vom 4.I.) findet sich folgende anschauliche Schilderung aus dem Leben der nach Deutschland Deportierten: "Urlaub ist ein Zauberwort... Das Leben im Lager beginnt mit ihm und wird mit ihm enden. Wenn man den Zeitpunkt des frohen Ereignisses berechnet, haelt man sich nur zum Narren... Manche haben das noch nicht begriffen... Meistens schreiben sie etwa 5 Mal heim, dass sie an dem und dem Tag in Amersfoort oder Utrecht sein werden. Die Familie bereitet sich darauf vor, leiht bei Freunden oder Nachbarn Lebensmittelkarten und sieht erregt der Heimkehr des verlorenen Sohnes entgegen. Er taucht nicht auf... Das geschieht einige Male., die Angehoerigen haben davon genug und schreiben, dass derartige Urlaubsankuendigungen ein fuer alle Mal aufhoeren sollen..."

Andererseits ist es nicht schlecht, ungefaehr zu wissen, wann man auf Urlaub gehen wird, denn 2 Monate vorher muss man mit den Vorbereitungen beginnen. Man geht zur Fabrik und erhaelt ein Formular, auf dem steht, dass man "zu bestimmter" Zeit auf Urlaub gehen moechte. Man muss den Grund angeben und dann beginnen die Schwierigkeiten... Man muss sich nach einem Buergen umsehen, d.h. nach jemanden, der dafuer buergen wird, dass man vom Urlaub zurueckkehrt. Weil dieses Buergestehen ein gewisses Risiko bedeutet, muss man alle Ueberredungskunst aufwenden, um den Betreffenden schliesslich zum Unterschreiben (der Buergschaft) zu bringen... Damit ist es nun nicht getan. Denn der Vorgesetzte in der Fabrik will in der Regel erst den Mann sehen und man muss ihn also auch noch dazu bringen, einen mehr oder weniger offiziellen Besuch zu machen. Ist man so weit, dann kann man das Uebrige meist der Fabrik ueberlassen... Die Stelle, die in letzter Instanz entscheidet, ob man geht oder nicht, ist nicht die Fabrik, sondern der Transportstab der Deutschen Arbeitsfront und diese Herren sind nicht gewohnt, zu schnell zu handeln. Aber hat man diese Goetter besaenftigt, dann schreiben sie einen sogenannten Urlaubschein aus... Die Schlacht ist halb gewonnen. Der Transportstab teilt auch mit, mit welchem Zug man zu gehen hat, denn man darf nicht den ersten besten Fernzug benutzen, sondern muss mit einem Extraarbeiterzug fahren. Diese Zuege fahren von Zeit zu Zeit von Deutschland bis Utrecht, kosten nur das halbe Fahrgeld und bei Urlaubsende geht man mit dem gleichen Zug zurueck. Das geschieht, um Ueberlastung der Fernzuege zu vermeiden und um einem einen Sitz zu garantieren. Der Nachteil ist, dass dieser Zug meist laenger fuer die Reise braucht, und dass die Wagen sicher eine ruhmreiche Vergangenheit auf irgendeiner Kleinbahn hinter sich haben.

Fuer diese Gemeinschaftsreise braucht man... kein persoenliches Visum. Der Reiseleiter hat ein Gemeinschaftsvisum fuer den ganzen Zug. Aber das onthebt einen nicht von der Verpflichtung, mit dem Urlaubschein zum Landrat zu fahren... Die Landraete wohnen meist in der Hauptstadt des Bezirks und vom Arbeitsort sind sie meist sehr schwer zu erreichen. Nicht dass es wirklich so weit waere, aber durch den Krieg sind die Verbindungen sehr schlecht. Die Passabteilung war frueher nicht so beschaefigt und trotz der Invasion so vieler Auslaender wurde dort nur wenig Personal neu eingestellt... und so muss man, wie bei vielen Behoerden, warten und warten. Wenn man schliesslich an der Reihe ist, erzaecht einem eine junge Frau, dass der Pass morgen zur Fabrik geschickt werden wird und dass man nicht zu warten braucht..

Dein Haufen Papiere wird immer dicker. Die Polizei im Wohnort bestaetigt, dass Du Dich gut gefuehrt hast, die Fabrik fuegt ein Papierchen zu und dann reist man an einen andern Ort, in dem das Arbeitsamt einen Erlaubnisstempel aufzudruecken hat. Dann glaubt man, dass man zum Fahrkartenkauf nur so zum Reisebuero zu gehen braucht, aber wenn man dort ist, hat es gerade um 3 geschlossen oder ist nur morgens geoeffnet... schliesslich geht man mit etwas Kopfschmerzen zum Bahnhof".

Der "Urlaubsbuerge"

(ITF) Wie es Urlaubsbuergen in Deutschland geht, zeigt einer der zahlreichen Beschwerdebriefe, die der hollaendischen Abteilung der Deutschen Arbeitsfront zugingen. Wir entnehmen es einem im November versandten Zirkular der Arbeitsfront: Ein hollaendischer Arbeiter in Berlin musste waehrend der Urlaubszeit seines Kollegen dessen volle Arbeit uebernehmen. Er verlangte fuer die doppelte Arbeitszeit Langarbeiter-Lebensmittelzulagen. Als ihm die abgelehnt wurden, verweigerte er Ueberstunden. Das Arbeitsamt drohte ihm und teilte ihm schliesslich brieflich mit, dass er wegen Widersetlichkeit zwei Monate lang keine Zigaretten bekaeme. (Vgl. den vorhergehenden Bericht.)

Tragische Heimkehr (ITF) "WRN" (Freiheit, Gleichheit, Unabhaengigkeit), die illegale Zeitung polnischer Sozialisten, berichtet (am 12.XI.43.): "Die letzte Etappe der zur Arbeit nach Deutschland verschleppten Polen ist die Heimkehr der Schwerverwundeten und schrecklich Verstumelten. Tragische Eisenbahnzuege kommen in Krakau an, in jedem ein paar Hundert Menschen, alle Opfer der (alliierten) Luftangriffe - unsere Arbeiter, die in deutsche Betriebe gesteckt wurden".

Franzoesische Eisenbahner gegen Vichy (ITF) Auf dem Kongress der franzoesischen Eisenbahnergewerkschaft am 3. und 4. Februar in Paris kam es zu heftigen Zusammenstoessen zwischen Eisenbahnervertretern und dem mit Vichy zusammenarbeitenden Generalsekretaeer des Verbandes, Liaud. Es ging um das Arbeitsstatut fuer Eisenbahner, eine Spezialfassung des allgemeinen Arbeitsstatuts, das Vichy der franzoesischen Arbeiterschaft aufzwingen will. Das Eisenbahnerstatut ist formell seit Juli 1943 in Kraft, aber der geschlossene Widerstand der Eisenbahner hat bisher verhindert, dass es wirklich durchgefuehrt wurde. Der Kongress verlangte grundlegende Aenderungen des Eisenbahnerstatuts, bevor irgendein Versuch, es in Kraft zu setzen, gemacht wuerde.

Dumoulin, einer der wenigen fuehrenden franzoesischen Gewerkschafter, die mit den Nazi-Instanzen zusammenarbeiten, hat in seiner Wochenschrift "Atelier" (am 12.II.) ueber die Stimmung der delegierten Eisenbahner berichtet: "Offenbar waren die Leiter des Eisenbahnerverbandes einem foermlichen Nervenkrieg, illegalem Druck und dunklen Einfluessen ausgesetzt; Zweifel, Skepsis, Furcht und Unsicherheit spuken in Dienststellen, Bahnhofen, Werkstaetten und an den Schienenstraengen..."

Die Opposition forderte vollstaendigen Abbruch der Beziehungen zu den Behoerden, die es fertigbrachten, den Eisenbahnern ein derartiges Statut der Entrechtung zu praesentieren. Dumoulin ist foermlich erleichtert, dass es der Kongressleitung gelang, einen derartigen Beschluss zu verhindern: "Hut ab vor den Leuten (der Kongressleitung), die aus dem schweren Dilemma, in das sie geraten waren, einen Ausweg fanden... Es gab noch Gegenstroemungen, die den Eisenbahnerkongress daran hinderten, sich gegen das Statut und seine Durchfuehrung auszusprechen", behauptet er. In Wirklichkeit konnten die Gleichschalter nur - mit der Polizei im Hintergrund - eine offene Kampfansage verhindern, das Wort liessen die oppositionellen Delegierten sich nicht verbieten. Die Pariser Tageszeitung "Adjourd'hui" verzeichnet (5.II.), was der Ueberlaefer verschwieg: "Es schien den Delegierten unertraeglich, ihr Schicksal an das Eisenbahnerstatut zu binden, das im Februar 1943 verkuendet, im Juli des gleichen Jahres in Kraft gesetzt und, wie allgemein bekannt, bis jetzt nicht durchgefuehrt wurde. Nach der Entscheidung der Kongressteilnehmer ist das Statut praktisch erledigt - die Opposition war noch weit radikaler".

Kennzeichnend fuer die Stimmung der franzoesischen Eisenbahner ist die Bemerkung Dumoulin's: "Alle Gegner des Eisenbahnstatuts, die eine Distanzierung forderten, gingen von der Voraussetzung aus, dass die Niederlage Deutschlands sicher sei. Mit dieser Gewissheit war es ihnen leicht, ueberall zu erklaren, dass alles, was man (jetzt) mache, sinnlos sei...". Nur diesem allgemeinen Gefuehl naehr Befreiung und der Absicht der Delegierten, die Organisation bis zum Siege intakt zu halten, verdankt Liaud seine Wiederwahl. Die Opposition vermied die Herausstellung von Gegenkandidaten, um nicht Kollegen der Gestapo Himmlers oder der Polizei Lavals zu denunzieren..

Illegale Organisation slowakischer Eisenbahner (ITF) Die Pressburger faschistische Zeitung "Gardista" meldet: eine "weitverzweigte illegale Organisation" wurde aufgedeckt, als die ungarische Grenzpolizei feststellte, dass slowakische Juden ueber die Grenze nach Kosice gebracht wurden (Kosice ist eine slowakische Stadt, die Hitler nach Muenchen 1938 Ungarn zuteilte). Slowakische Eisenbahner befoerderten Juden in Kohlenwagen, die auf ungarischem Gebiet abgestellt wurden. Nachts verliessen die Juden dann ihr Versteck und tauchten unter. 9 Juden und 3 slowakische Eisenbahner wurden von der ungarischen Polizei verhaftet. - Die slowakische Diktatur hat zahlreiche Juden nach Deutschland abgeschoben und fuer jeden Abgeschobenen den deutschen Behoerden noch eine Abnahmepraemie gezahlt. Mitte Januar wurde in der Slowakei eine neue Judenzaehlung vorgenommen. In Ungarn konnten die Gefaehrdeten leichter untertauchen. (Fuer die Red.: Deutsches Nachrichtenbuero, 4.II.)

Deutsche Eisenbahner in Daenemark (ITF) 700 deutsche Eisenbahner kamen kuerzlich in Aarhus an, um Vorbereitungen fuer die Uebernahme eines Teils der daenischen Eisenbahnen im Fall einer alliierten Invasion zu treffen. Die Gestapo stellte fest, dass sich 20 dieser Eisenbahner mit daenischen Eisenbahnern angefreundet hatten und liess sie strafweise nach Polen versetzen. ("Morgontidningen", Stockholm, 12.II.)

Ungarische Gewerkschaften wollen Frieden (ITF) Das Ungarische Telegraphenbuero berichtete (am 15.II.) in seinem deutschsprachigen Nachrichtendienst: Karoly Peyer, der sozialdemokratische Abgeordnete und Sekretaeer des ungarischen Gewerkschaftsbundes, erklarte in einer Versammlung in Györ: "Wir muessen einen Weg aus dieser kritischen Situation finden. Sollten die kleinen Staaten einen Ausweg finden koennen, darf Ungarn den richtigen Augenblick nicht verpassen".

Russische Freiheitskaempfer (ITF) Der kriegsgefangene russische General Wlassow hat in Deutschland aus russischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen eine Hilfstruppe fuer Hitler zusammengestellt. Bei Narwa standen Wlassow-Formationen an der Front. Der Korrespondent der schwedischen Zeitung "Aftonbladet" berichtet aus der finnischen Hauptstadt Helsinki, dass ganze Einheiten der "Befreiungsarmee" Wlassovs zur russischen Armee uebergingen. ("Aftonbladet", 14.II.)

Jungarbeiter in Deutschland

(ITF) Alle deutschen Jugendlichen muessen zwischen dem 10. und 18. Lebensjahr der Nazijugendorganisation angehoren und in ihr Dienst tun, Maedchen sogar bis zum 21. Lebensjahr. Den Eltern der Jugendlichen, die sich vom Dienst druecken, wird die Kinderbeihilfe entzogen und die Polizei kann Jugendliche durch Haftbefehl zur Dienstteilnahme zwingen. Alle freien Jugendorganisationen sind verboten. Trotzdem finden sich Jugendliche ausserhalb der Naziorganisationen zusammen. Der Gestapo-chef Himmler ermahnte z.B. (am 1.VII.43.) in einem scharfen Runderlass die Polizei-behoerden: "Besonderer Wert ist auf die Ueberwachung von Zusammenschlussen' noch nicht 18jaehriger Personen zu Cliques und aehnlichem zu legen... In diesem Zusammenhang wird auf das wilde Zelt- und Wandern von Jugendlichen ausserhalb der Hitlerjugend hingewiesen". Und die Berliner Hitlerjugend hat jetzt die Ernaehrungsae'mter gebeten, ihr bei der Aufspuerung der Druecke-berger zu helfen. ("Deutsche Allgemeine Zeitung", 13.II.) Keine Brotkarte ohne Mitgliedsbuch!

Etwa gleichzeitig mit dem Runderlass Himmlers begann ein Pressefeldzug gegen den mangelnden Arbeitseifer vieler Jugendlicher. Natuerlich betonte die Nazipresse, dass es sich nur um schwarze Schafe handle. Aber "Reichsjugendfuhrer" Axmann und Arbeitsminister Seldte liessen (im Herbst 1943) a l l e n Betrieben Richtlinien fuer Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin der Jugend zugehen. Die Richtlinien lassen erkennen, dass sich ein Teil der 6 Millionen deutscher Jungarbeiter und -arbeiterinnen gegen Ausbeutung wehrt. Die Richtlinien warnen: "Die Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen, namentlich ungerechte Entlohnung und ungerechte Behandlung, sind oft Ursachen fuer ein aufsae'ssiges Verhalten der Jugendlichen". - Die Aeltesten dieser Jungarbeiter waren 7 Jahre, als Hitler die Gewerkschaften zerstoerte. Seit ihrem 10. Lebensjahr haben ihnen Hitlerjugend und Arbeitsfront unaufhoerlich von der Nazi-Volksgemeinschaft erzaehlt. Von ihnen hatten Nazis und Unternehmer keine derartige Aufsae'ssigkeit erwartet. Aber der Alltag im Nazi-Betrieb ernuechtert.

Scharfe Massnahmen wurden gegen die aufsae'ssigen Jugendlichen ergriffen. Bei Kriegsbeginn hatte die Nazidiktatur festgelegt, dass schon 16- und 17jaehrige Verbrecher und Staatsfeinde zum Tode verurteilt und hingerichtet werden koennen (Verordnung vom 4.X.39.). Am Beginn des zweiten Kriegsjahres, 1940, wurde das Jugendstrafrecht ausserordentlich verschae'rf't: Jugendarrest und Jugenddienstarrest wurde eingefuehrt.

Die Hitlerjugend hatte urspruenglich widerspenstige Zwangsglieder ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen wurden damit Staatsbuenger zweiter Klasse und daher "wehrunwuerdig", das heisst, sie durften nicht in der Armee dienen. Es scheint viele "Wehrunwuerdige" gegeben zu haben, denn die Armee griff ein und die Ausschluss-Strafe wurde durch den Jugenddienstarrest ersetzt: die Hitlerjugendbonzen koennen jugendliche "Verbrecher" zu 1 - 3 Wochenend-Arresten bei Wasser und Brot verurteilen; der Verurteilte muss seine Strafe von Sonnabend 14 Uhr bis Sonntag 19 Uhr in Uniform absitzen. Nur wenn 3 - Staegiger Arrest verhaengt wird, sind warme Mahlzeiten erlaubt. - Wie ha'ufig Jugenddienstarrest verhaengt wurde, ist aus begreiflichen Gruenden nicht bekanntgegeben worden. / oft wird Dunkelarrest verhaengt;

Die gleichzeitig eingefuehrte Jugendarrest-Strafe wurde zugegebenerweise sehr oft verha'ngt und zwar vor allem gegen Jungarbeiter, die bummerln oder zielbewusst langsam arbeiten: "Im Kriege erscheint der Jugendarrest besonders dann angezeigt, wenn Jugendliche pflichtwidrig der Arbeit ferngeblieben sind oder die Arbeit verweigerten, oder mit ihr boeswillig zurueckgehalten haben", schreibt die "Koelnische Zeitung" (16.XII.43.) in einer Rueckschau. "Jugendarrest kann wegen Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin verhaengt werden, wenn der Jugendliche von andern verfuehrt worden ist, wenn aeussere Umstaende ihn (zu Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin) veranlassten oder wenn es sich um gelegentliche auf jugendlichen Leichtsinn beruhende Arbeitsversaemnisse handelt", berichtet die Tageszeitung der Arbeitsfront (8.I.44). "Fuer Jugendliche, die trotz Verbue'ssung von Jugendarrest wiederholt die Arbeit versaemuen, oder bei denen Jugendarrest von vornherein keinen Erfolg verspricht, kann die Fuersorgeerziehung angeordnet werden... Vielfach wird eine straffe Arbeitserziehung von etwa 3 Monaten genuegen". Genuegt sie nicht, "so ordnet der Vormundschaftsrichter die endgueltige Fuersorgeerziehung an". In besonders schweren Faellen wird auf Jugendgefaengnis erkannt. - Das Urteil soll auf einer Versammlung der jugendlichen Arbeiter des Betriebes bekanntgegeben werden. Nach Verbue'ssung der Strafe soll der Jugendrichter die Jugendlichen weiter beobachten. Eine "Gerichtliche Erziehungskartei" haelt (seit dem 1.I.) fest, welche Strafen ein Jugendlicher von Behoerden oder Hitlerjugendbonzen erhielt. Das Strafregister wird bis zum 24. Lebensjahr weitergefuehrt.

Der Strafvollzug war von Anfang an sehr hart. "Der Jugendliche empfindet die Zwangseinsamkeit noch viel schwerer als der Erwachsene, deshalb ist der Wochenendkarzer als Einzelhaft mit hartem Lager und konzerntrierter Beschaeftigung ein Erziehungsmittel", schreiben die "Bremer Nachrichten" (12.VII.42.). Verpflegung besteht aus Wasser und Brot. Aber die Strafe verfehlte die Wirkung. "In gewissen Kreisen" gelte es als Ehre, Jugendarrest abgesessen zu haben, klagten deutsche Zeitungen. Der Strafvollzug wurde deshalb erheblich verschae'rf't. Wie Jugendliche heute bei laengeren Haftstrafen behandelt werden, schildert die Berliner "Deutsche Justiz" (24.XII.43.): Der Jugendliche erhaelt an den strengen Tagen - am ersten und letzten und jedem 4. Hafttag - morgens, mittags und abends ausreichende Mengen Brot und Wasser. Wenn sein Gesundheitszustand es verlangt, wird diese Ernaehrung mittags durch eine warme Suppe ergaenzt. Der Jugendliche erhaelt ein hartes Lager auf einer Holzpritsche mit erhoeheter Kopflage und eine oder zwei wolldecken... Wo es noetig ist, mit Gewalt sofort ein vorschriftsmaessiges Verhalten zu erzwingen, duerfen keine Waffen benutzt werden. Wenn unbewaffnete Gewalt nicht ausreicht, so sollen Feuerwaffen auf jeden Fall nur in Selbstverteidigung verwandt werden... - In ein Land, das seine eigenen Jungarbeiter so behandelt, werden Jungarbeiter aus allen besetzten Laendern Europas gebracht.

Gelegentlich scheinen sich Jungarbeiter nicht nur gegen Ausbeutung, sondern auch gegen Nazismus und Nazikrieg zu wenden. Die Monatsschrift der Hitlerjugendfuhrung "Wille und Macht" beklagt (Septemberheft 1943), dass bei vielen Jugendlichen die antisemitische Propaganda nicht wirkt, dass sie der Nazi-Behauptung, dass Deutschland einmal von Juden beherrscht wurde, nicht glauben. "Viele verurteilen die antijuedischen Massnahmen der letzten 10 Jahre". Der Gauleiter der Nazipartei Westfalen-Sued wandte sich (Ende Januar) gegen die "jungen Volksgenossen", die oft glauben, die Partei kritisieren zu muessen. Der Kreisleiter der Nazipartei in Buehl (Baden) ordnete an, dass bei der bevorstehenden Aufnahme von Angehoerigen der Hitlerjugendjahrgaenge 1926 und 1927 in die Nazipartei eine "strenge Auswahl" getroffen wird, damit nur ueberzeugte Nationalsozialisten in die Partei kommen. (In diesem Jahre werden zum ersten Mal 17 Jaehrige in die Nazipartei aufgenommen, da mit dem 18. Lebensjahr Militaerpflicht beginnt.) Der Praesident des Arbeitsamts Duesseldorf kuendigt "besondere Massnahmen gegen Jugendliche, die sich der Arbeitsdisziplin nicht unterwerfen", an. (Deutsche Bergwerkszeitung, 29.I.) -- (Vergl. die Berichte vom 3.II.41., 30.VI. und 6.X.43.)

Arbeiterschutz-Vertraege (ITF) Ein Berliner Mitarbeiter des "Nieuwe Rotterdamsche Courant" -- ein Fetzen Papier berichtet ueber eine Unterredung mit dem Berliner Ministerialrat Dr. W. Stohtfang, einem der engsten Mitarbeiter des von Hitler mit der Rekrutierung auslaendischer Zwangsarbeiter beauftragten Nazigauleiters Sauckel. Stohtfang erklarte, Hitler habe damit gerechnet, dass die Freilassung der hollaendischen Kriegsgefangenen keinen nennenswerten Verlust an Arbeitskraeften bedeuten wuerde und erwartet, dass zahlreiche Hollaender freiwillig Arbeit in Deutschland annehmen wuerden. Diese Hoffnung sei enttaeuscht worden; "auf die Dauer konnte man mit diesem System nicht auskommen, Zwangsmassnahmen mussten eingefuehrt werden, um die benoetigten Arbeitskraefte aus dem besetzten Gebiet nach Deutschland zu bringen..."

"Auf unsere Bemerkung, dass in Holland viele der Ansicht seien, dass diese Beschaeftigung (von Zwangsarbeitern in Deutschland) voelkerrechtliche Bestimmungen verletze, erklarte Dr. Stohtfang, dass sei begreiflich. Doch wer kuenmert sich noch um die Haager Konvention? Wurde das Voelkerrecht nicht stets so ausgelegt, wie es den Machtinteressen der Staaten entsprach?" ("Nieuwe Rotterdamsche Courant", 8.II.) - (Fuer die Red: Stohtfang ueber Arbeitssklaverei bei einem Nazisieg: Faschismus 16.XI.1940.)

Sauckel lernt aus Stalingrad (ITF) Die Naziantreiber haben den nach Deutschland deportierten russischen Zwangsarbeitern versprochen, dass sie unter bestimmten Voraussetzungen heimkehren duerfen. Provinzbeamte haben in Berlin um Auskunft gebeten, wie das Versprechen durchgefuehrt werden soll. Das Berliner Buero Sauckels antwortete salomonisch: "Da das Beschaeftigungsverhaeltnis der im Reichsgebiet eingesetzten Ostarbeiter fruehestens am 1. August enden kann und jetzt noch nicht zu uebersehen ist, ob und gegebenenfalls in welchem Umfange eine Verlaengerung notwendig wird, werden hierzu naehere Durchfuehrungsbestimmungen noch nicht erlassen". - In Berlin scheint man die russischen Heeresberichte mit Erfolg gelesen zu haben. (Zirkular vom 31.X.43; vgl. Faschismus 8.IX.43)

Zwangsarbeiter verschwinden (ITF) Der deutsche Militaerbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich beschwert sich darueber, dass deutsche Unternehmer ohne Erlaubnis des Arbeitsamts auf Urlaub befindlichen belgischen Arbeitern schriftlich Nachurlaub geben. Diese Briefe "erschweren die Kontrolle ueber die beurlaubten Arbeitskraefte erheblich und behindern die Ueberwachung der Rueckkehr dieser Auslaender." (Runderlass vom 11.X.43., Aktenzeichen III 12 - 4514.)

Kranke Kriegsgefangene in Hitlers Fabriken (ITF) 250 000 franzoesische Kriegsgefangene sollen seit Monaten freie Zwangsarbeiter sein. Aber die Ueberfuehrung aus dem Kriegsgefangenenlager in das Zwangsarbeiterlager nimmt viel Zeit in Anspruch. Einer der Gruende dafuer ist der Privatkrieg der Naziarbeitsverwaltung mit der Militaerverwaltung. In einem Heeresbericht Sauckels (vom 10.IX.43) heisst es ueber den Stand dieses Privatkriegs: "Das Oberkommando der Wehrmacht habe ich gebeten, in das zivile Arbeitsverhaeltnis nicht solche Kriegsgefangene zu entlassen, die bereits arbeitsunfaehig sind oder deren Arbeitsunfaehigkeit voraussichtlich vor Erfuellung der Wartezeit (bis zur Uebernahme der Krankenversorgung durch die Krankenkassen) eintreten wuerd." (Aktenzeichen: VIa 5510/84.)

Arbeitsfront in Belgien (ITF) Belgische Quislings wollen noch im letzten Augenblick eine Arbeitsfront gruenden. Der Bezirksleiter der Gleichschalterorganisation fuer belgische Arbeiter, UTM I, teilte (am 16.I.) in La Louviere mit, dass die UTM II auch Unternehmer aufnehmen wolle. "Die UTM I entwickelt sich zu einer Arbeitsfront", sagte er. (Gazette de Charleroi, 18.I.)

Nicht genug Denunzianten in Hamburg (ITF) In einer Versammlung Hamburger Honoratioren wueste der Leiter der Hamburger Gestapo, SS Obersturmbannfuhrer Dr. Kreutzer "mit einiger Bitterkeit von Volksgenossen zu erzaehlen, die... nur selten bereit sind, der Staatspolizei im Kampf gegen das politische Berufsverbrechertum, gegen Defaitisten... zu unterstuetzen". - Der Nazigauleiter dankte anschliessend der Gestapo fuer ihre Arbeit in der durch Bomben schwer mitgenommenen Stadt. ("Hamburger Fremdenblatt", 13.II.)